

# Herzstillstand – eine Superstory

Bundesrat Merz Neben echter Anteilnahme gab es gezielt geförderte voyeuristische Effekte



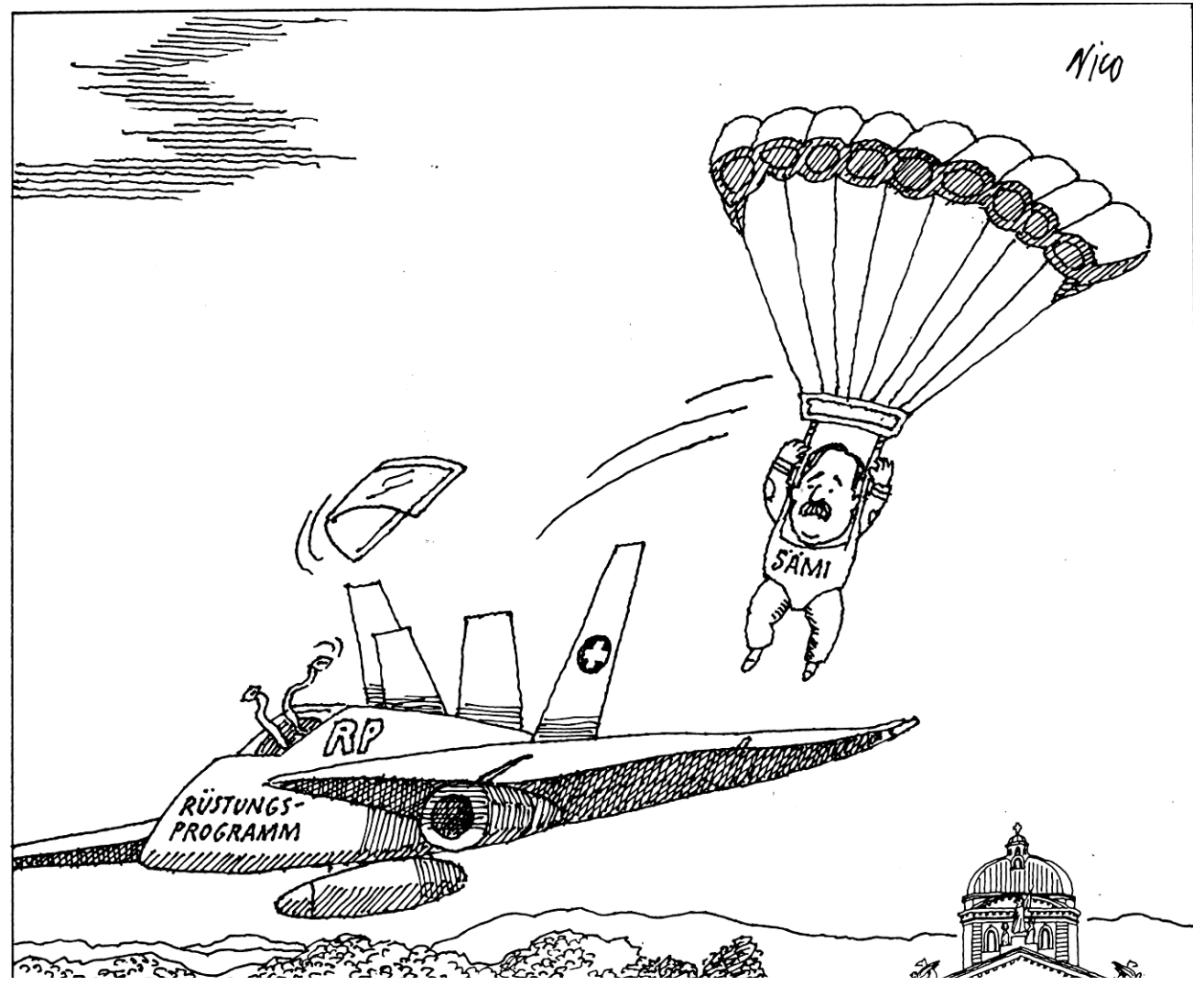
HANS FAHRLÄNDER

Das Positive zuvor: Der Herz-Kreislauf-Stillstand von Bundesrat Hans-Rudolf Merz mit anschliessender mehrfacher Bypass-Operation hat in der Schweiz eine Welle echter Betroffenheit und Anteilnahme ausgelöst. Vielen wurde wieder einmal bewusst, wie anspruchsvoll das Amt eines Bundesrates ist. Ins Bewusstsein rückte auch die Notwendigkeit sachgemässer erster Hilfe bei einem Notfall, auch durch uns Laien. Denn an ihr hängt vieles, fast alles für das Überleben – beziehungsweise das gesunde Weiterleben danach. Auffallend zurückhaltend verhielt sich für einmal auch die Politik: Allzu laute Nachfolge-Spekulationen wurden zu Recht als pietätlos und zurzeit nicht opportun eingestuft. Daneben gab es in den vergangenen vier Tagen mehr als einen Anlass zum Kopfschütteln. Vor allem aus medienethischer Sicht bleiben einige Fragen, die plagen: Legitimiert das öffentliche Interesse an der Person eines Bundesrats jedes Mittel? Ist eine bundesrätliche Krankengeschichte grundsätzlich öffentliches Gut? Gibt es kein Arztgeheimnis mehr? Ist es richtig, wenn Medienkonferenzen des operierenden Arztes live am Fernsehen übertragen und von Sonderkorrespondenten ohne Sonderkenntnisse unprofessionell kommentiert werden? Ist es richtig, wenn die Ankunft des bewusstlosen Magistraten im Inselspital so fotografiert wird, dass seine Züge klar erkennbar sind? Klar ist: Die Medien sitzen nicht allein auf der Anklagebank. Sie brauchen auf ihrer Jagd nach dem drama-

tischsten Bild Helfer, Gesinnungsgenossen, die sich vom entstehenden PR-Wirbel selber ein Stück abschneiden möchten. Da ist der Chefarzt, aufgrund unbestreitbarer Kompetenzen selber ein Star, der solchen Auftritten seinen Segen gibt (oder sie gar selber vorschlägt?). Da ist der Kommunikationsverantwortliche des Inselspitals, der den Fotografen und Kameraleuten bereitwillig den Weg zur besten Plattform für die Helikopterankunft weist. Schliesslich hat man sich den Ruf des besten Herzzentrums der Schweiz mühsam gegen Zürich erkämpft und will jetzt mit im Scheinwerferlicht stehen. So schrieb eine grosse Zürcher Zeitung allen Ernstes, der Herzstillstand des Bundesrates sei vor allem eines: beste Werbung für das Berner Herzzentrum. Nein, es sind nicht einfach «die Medien», die jetzt Schelte verdienen. Die Mediengesellschaft hat allmählich einige ethische Grenzen verschoben. Medienmacher und Medienkonsumenten schieben sich gegenseitig die Schuld zu: «Die wollen immer dramatischere Bilder» – beziehungsweise: «Die bringen immer verrücktere Sachen». Prüfen wir uns selber: Haben wir weggeschaut, als die Bilder liefen? Wir leben in einem Zeitalter der Bilder, der starken Reize. Niemand kann sich ihnen ganz entziehen. Das ist indessen keine Aufforderung zum Öffnen aller Schleusen. Gerade im Bereich von Unfällen und lebensbedrohenden Krankheiten sollten sich sowohl Akteure wie Berichterstatter daran erinnern, dass es auch für Prominente und ihr Umfeld ein Recht auf Schutz der Privatsphäre gibt.

hans.fahrlander@azag.ch

## NICOS SEITENST(R)ICH



# Kinder brauchen Schutz

Gastautorin Gegen Pädophile sind harte Massnahmen gefordert



**Gastautoren äussern in ihren Beiträgen ihre persönliche Meinung. Heute: Natalie Rickli, 31. Sie ist SVP-Nationalrätin seit 2007. Zuvor war sie Gemeinderätin in Winterthur und Zürcher Kantonsrätin. Beruflich ist sie Abteilungsleiterin in einer Online-Media-Agentur.**

NATALIE RICKLI  
Niemand bestreitet, dass wir ein Problem haben mit Sexualstraftätern und Pädophilen. Niemand? Die Politiker schon. Der Bundesrat meinte kürzlich auf einen Vorstoss von mir, der die Schaffung eines Pädophilen-Registers zum Ziel hatte, dieses schüfe nur Scheinsicherheit und sowieso seien die Rückfallzahlen der Sexualstraftäter rückläufig. Sind sie das wirklich? Nein. Die

Antwort des Bundesrates war nicht einmal auf Fakten gestützt. Experten vom Kinderschutz und von der Polizei sind da ganz anderer Meinung. Leider hatten es Vorstösse gegen Pädophile und Vergewaltiger im Bundeshaus bisher schwer. In der Öffentlichkeit geben sich alle Politiker betroffen. Wenn es aber ums Abstimmen geht, geniessen die Täter mehr Schutz als die Opfer. Damit muss endlich Schluss sein.

Ich erwarte vom Bundesrat diverse Antworten: Zum Beispiel, warum die Polizei keinen direkten Zugriff auf das Strafregister haben soll, damit sie beispielsweise einschreiten kann, wenn in einer Region ein Kind verschwindet. Pädophile sind oft Wiederholungstäter. Und vielleicht wohnt ein Pädophiler in der Region. Ist er möglicherweise der Täter?

Wussten Sie, dass bedingte und teilbedingte Strafen nicht mehr im Strafregister erscheinen, wenn sich der Täter in der Probezeit bewährt hat? Darunter fallen auch Vergewaltigungen. Wussten Sie, dass Straftaten nach einiger Zeit aus der Strafdatenbank gelöscht werden? Darunter fallen auch

sexueller Missbrauch und Vergewaltigungen. Wussten Sie, dass die Polizei noch heute nicht informiert wird, wenn ein rückfallgefährdeter Straftäter aus dem Gefängnis entlassen wird oder wenn ein Verwarhter Hafturlaub erhält? Erinnern wir uns an die Fälle Albert G. und Erich Hauert in Zürich: Der eine würgte im Hafturlaub Prostituierte, der andere brachte im Hafturlaub eine Pfadführerin um. Neuerdings erhalten Verwarhte sogar so genannten «Beziehungsurlaub» – begleitet und unbegleitet! Kürzlich wurde ein Pädophiler wegen eines Verfahrensfehlers freigesprochen: Polizisten hatten sich im Chat als Kind ausgegeben und sich mit ihm getroffen. Laut Gesetz hätten die Polizisten das nicht tun dürfen: Sie hätten zuerst eine richterliche Genehmigung einholen müssen, da es sich um eine «verdeckte Ermittlung» handelte. Solche Vorfälle schockieren mich: Warum wird für Täter ein derart grosser Aufwand betrieben, während ein Opfer keine zweite Chance erhält? Warum steht der Schutz der Täter immer mehr im Vordergrund? Warum behindern wir die Arbeit der Polizei durch diese gerichtliche Bürokratie? Offenbar verfügt nur das Volk über genügend gesunden Menschenverstand.

**Offenbar verfügt nur das Volk über genug gesunden Menschenverstand, deshalb ist es wichtig, dass wir am 30. November Ja sagen zur Initiative**

Deshalb ist es wichtig, dass wir am 30. November Ja sagen zur Volksinitiative «für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern». Die Initiative hat zum Ziel, dass sexuelle und pornografische Straftaten an Kindern vor der Pubertät nicht verjähren. Leider passieren viele Übergriffe an Kindern im nahen Umfeld – sprich in der Familie, im Freundeskreis oder in einem Verein. Die Kinder werden unter Druck gesetzt und vertrauen sich niemandem an. Beispiel: «Wenn du es jemandem sagst, bringe ich dein Mami um!» Kinder, die so etwas erleben, sind

traumatisiert und getrauen sich oft erst viel später, darüber zu reden und Anzeige zu erstatten. Vielfach kommt der Missbrauch an Babys und Kleinkindern erst ans Licht, wenn die Opfer grösser sind; sie waren zu klein, um es damals zu merken. Deshalb ist es wichtig, dass die Opfer auch später Anzeige erstatten können. Zwar wurden im Parlament die Fristen verlängert: Die 15-jährige Bedenkfrist der Opfer soll künftig erst ab der Volljährigkeit laufen, damit die Opfer bis zum 33. Altersjahr Zeit haben, Anzeige zu erstatten. Es ist fraglich, ob diese Massnahme reicht. Gerade wenn der Täter aus der Familie stammt, ist das Opfer emotional dermassen abhängig und will unter Umständen nicht der ganzen Familie schaden, dass es erst viel später überhaupt darüber reden kann und psychisch in der Lage ist, den Kampf gegen seinen Peiniger anzutreten. Der Bundesrat und das Parlament haben die Initiative abgelehnt. In der Debatte im Nationalrat hiess es, die Initiative könnte «Probleme mit dem übergeordneten Recht geben» und könne «nicht umgesetzt werden». Das haben wir schon bei der Verwahrungsinitiative gehört – und dies sagen die Gegner immer, wenn die Argumente fehlen. Dabei sind die politischen Abläufe klar: Was das Volk beschliesst, gilt. Dann haben Bundesrat und Parlament den Auftrag, den Beschluss umzusetzen – ob es ihnen passt oder nicht. Wie so oft geht vor lauter juristischen Argumenten der gesunde Menschenverstand vergessen!

Zudem ist es wichtig zu wissen, dass der Verein «Marche Blanche», der diese Initiative lanciert hat, keine Partei und kein Verband ist, sondern aus unabhängigen Personen besteht. Der Verein hat es geschafft, fast 120 000 Unterschriften für sein Anliegen zu sammeln. Die Ausgangslage ist ähnlich wie seinerzeit bei der Verwahrungsinitiative. Damals hat das Volk gescheitert entschieden als die Politiker. Wir müssen unsere Kinder schützen. Deshalb gibt es nur ein Ja zu dieser Initiative am 30. November.

# Wieder richtige Labour-Politik

Britannien Ein Plädoyer für wahre Politiker statt «jugendlicher Sprechblasen»



RALF SOTSHECK, MANCHESTER

Seitdem Tony Blair und Gordon Brown die Labour-Partei Mitte der Neunzigerjahre zu «New Labour» umgekrempelt haben, sind die Parteitage nur noch lang gestreckte Werbespots. So pries sich Premier Brown in Manchester wie ein Waschmittel an, das die Finanzmärkte säubern kann. Aber sein Haltbarkeitsdatum ist überschritten. Die Partei schiebt nach David Miliband, dem Aussenminister, weil er jünger ist, besser aussieht und von Natur aus lächeln kann – wie Blair, als er Labour 1997 zu einer langen Siegesserie führte. Seitdem spielt Substanz bei Politikern nur noch die zweite Geige. Wichtiger sind Äusserlichkeiten. Das beherzigen auch die Tories, seit sie die jugendliche Sprechblase David Cameron zum Parteichef gewählt haben. Trotzdem: Labour kann mit Miliband die nächsten Wahlen in anderthalb Jahren nicht gewinnen. Er steht weit rechts im Parteifüge, er ist Blair-Schüler. Statt Miliband zum Chef zu küren, sollte Labour das Undenkbare tun. Die Partei sollte die Wahlen 2010 verloren geben und die Zeit bis dahin nutzen, um Labour-Politik zu machen – nicht New-Labour-Politik. Sie könnte die Parteienfinanzierung durch korrupte Millionäre unterbinden. Sie könnte proportionale Repräsentation einführen. Sie könnte die Schlupflöcher stopfen, die es den Superreichen ermöglichen, Steuern legal zu hinterziehen. Sie könnte den biometrischen Personalausweis und die 42-tägige Internierung ad acta legen. All das ist mit Brown nicht zu machen. Aber vielleicht mit jemandem vom linken Parteiflügel – Jon Cruddas zum Beispiel, der bei der Wahl des Vize-Parteichefs voriges Jahr nur knapp unterlegen ist. Wer weiss, vielleicht werden die nächsten Wahlen dann gar nicht so verheerend, wie selbst Labour-Anhänger jetzt prophezeien.

ausland@azag.ch